

AG 6 - Klimaschutz braucht die Ressourcenwende

re!source Stiftung im Austausch mit der Öffentlichen Hand

In Kooperation mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen lud die gemeinnützige re!source Stiftung e.V. Vertreter*innen der Öffentlichen Hand zum Austausch ein. Am 20. Oktober 2022 trafen sie mit Referent*innen aus Politik, Wissenschaft und Praxis in Düsseldorf zusammen, um über Ressourcenschutz im Gebäudereich und die Potenziale der Digitalisierung zu sprechen. Die re!source Stiftung stellte zudem bereits vorhandene Arbeitshilfen und Lösungen vor.

Annette von Hagel, geschäftsführende Vorständin der re!source Stiftung, erläuterte die Anliegen des Seminars sowie die Ziele des Koalitionsvertrags. Sie umschrieb Probleme von Bauvorhaben, die aus dem Ressourcenverbrauch sowie aus Baufehlern, Planungsfehlern, mangelnder Lebenszyklusbetrachtung sowie fehlender Digitalisierung resultieren. Lösungen sind

- integrale Lebenszyklusbetrachtung,
- kooperative Zusammenarbeit und die
- Einführung des Gebäuderessourcenpasses.

Diese Punkte sind nun im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert und Voraussetzung für den Erfolg der Transformation im Bauwesen.

Reinhold Rünker, Ständiger Vertreter der Abteilungsleitung II Wirtschaftspolitik im Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Klimaschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, referierte zum Status quo der zirkulären Wertschöpfung in NRW. Er betonte dabei, **es gebe kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem**. Als Möglichkeiten, zirkuläre Vorhaben in bestehende Systeme einzubringen, stellte er das Prosper-Kolleg, das Regio-Projekt CirQuality in OWL, das Circular Valley in Wuppertal, den Strukturwandel im Rheinischen Revier sowie den Runden Tisch „Zirkuläre Wertschöpfung“ vor. Er regte an, bei circular business models nicht nur auf Best Practice, sondern vor allem auch auf Next Practice zu achten.

Prof. Dr. Wolfgang Irrek, Professor für Energiemanagement und Energiedienstleistungen an der Hochschule Ruhr West, stellte zirkuläre Lösungsansätze an Praxisbeispielen aus dem Prosperkolleg-Projekt vor. Er betonte eingangs, es seien verschiedene Politikinstrumente zum Erreichen der Ressourcenwende denkbar. Wichtig sei die Überlegung, wie Transformationsprozesse auf dem Weg zur Nachhaltigkeit in der Wirtschaft initiiert werden können – und vor allem, was die öffentliche Hand dafür tun könne. Als mögliche Rollen der Kommunen beim Transformationsprozess nannte er: Vorbild sein, Erschließen und Entwickeln, Informieren und Bilden, Ver- und Entsorgen, Fördern und Regulieren, Beraten und Motivieren.

Rolf Brunkhorst unternahm in seiner Darstellung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen und Ziele der Ressourcenwende den Versuch, etwas Klarheit in den Normendschub zu bringen. Er gab den Teilnehmer*innen Hinweise zur Auslegung der Vergabeverordnung, insbesondere dabei des Kriteriums der Wirtschaftlichkeit.

➤ **Praxishinweis:**

Bausteine einer Lebenszyklusperspektive für mehr Klimaschutz und Ressourcenschonung im Gebäudesektor, Buildings Performance Institute Europe (BPIE) Juli 2022

Den [vollständigen Bericht](#) finden Sie in unseren News. Die NEWS der re!source Stiftung können Sie [hier](#) kostenfrei abonnieren.

Atlas Recycling. Gebäude als Materialressource, Annette Hillebrandt, Petra Riegler-Floors, Anja Rosen, Johanna Seggewies, 2. Auflage 2021; Detail Business Information GmbH (Verlag) 978-3-95553-415-8 (ISBN)

Prof. Dr.-Ing. Sabine Flamme, Professorin für Ressourcenmanagement an der FH Münster sowie stellvertretende Vorstandsvorsitzende re!source Stiftung, referierte zum Status Quo und den besonderen Herausforderungen einer nachhaltigen Baubranche, hier insbesondere die Nutzung des anthropogenen Lagers.

Eine wichtige Stellschraube ist in beiden Bereichen der **Link zwischen Recycling und integraler Planung. Das Problem in Deutschland sei hier besonders das Verständnis von zirkulärer Wirtschaft, die nicht mit der Kreislaufwirtschaft im früheren Sinne (im Sinne von Abfallrecycling) gleichzusetzen ist.** Die Nutzung des anthropogenen Lagers setzt eine systematische Analyse des Bestands im Hoch- und Tiefbau voraus. Es muss insbesondere der Tiefbau gleichwertig mit dem Hochbau betrachtet werden. Dies geschieht momentan nur unzureichend.

Vorzeigeprojekte sind R2Q und Rekoti. Prof. Flamme spricht sich für standardisierte Produkte und eine modulare Bauweise aus.

➤ **Praxishinweis:**

Als Hilfestellung für die Öffentliche Hand hat Prof. Flamme zusammen mit den Mitgliedern der AG 2 der re!source [Kriterien für eine Muster-Auslobung](#) entwickelt, die auf der Website der re!source abrufbar sind.

Es gibt eine Vielzahl von zertifizierten Vergabeberatern, die aber nur selten hinzugezogen werden. Diese sind bei den Ingenieurkammern gelistet, bspw. in Nordrhein-Westfalen [hier](#).

Annette von Hagel gab im Beitrag einen Überblick über Lösungen und Arbeitshilfen, rechtskonforme Prozesse im Lebenszyklus sowie die Anforderungen an den Gebäudematerialpass. Dieser sei in ministerieller Arbeit, man wisse noch nicht, wie er aussehen und wie detailliert er sein wird. Trotzdem muss jetzt bereits gehandelt und bei aktuellen Bauvorhaben im Neubau und der Sanierung möglichst alle verfügbaren Daten strukturiert gesammelt, dem Bauteil zugewiesen und archiviert werden. Diese dienen später der Erstellung des Gebäuderessourcenpasses.

➤ **Praxishinweis:**

Auf der Website der [Circular Building Compass](#) können Daten und Informationen über baurelevante Vorgaben abgerufen werden, insbesondere Kartenmaterial über Radon, Lärm und Wetterereignisse im Baugebiet. Der Compass befindet sich in Bearbeitung und ist noch nicht vollständig.

Dem Compass folgen mit einem Forschungsantrag, vorausgesetzt er wird bewilligt, eine anlassbezogene, prozessbegleitende und rechtssichere Handlungsanweisung sowie Lösungsvorschläge und ein Zeit- und Archivierungsmanagement.

Jan van der Fels, Senior BIM-Manager bei der DT BAU – BIM-Beratung sprach zum Schluss der Veranstaltung über BIM Implementierung und deren Nutzung für Ressourceneffizienz in der Praxis. Er begleitete die Baumaßnahme des Kreisarchives Viersen, das ressourceneffizient erstellt wurde. Die Voraussetzung für den Erfolg sind die Einführung von BIM und CAFM sowie die Umsetzung einer integrierten Projektallianz. Dies sei ein methodisches Vorgehen unter Einbeziehung von BIM und LEAN, das Ressourcen jeglicher Art – also auch personelle Kapazitäten – möglichst effizient nutzbar macht.

Zur Nutzung des anthropogenen Lagers verwies er auf eine Machbarkeitsstudie für ein weiteres Projekt im Kreis Viersen, wonach ein kommunales Gebäude aus zwei Bestandsgebäuden errichtet

werden soll, von denen das ältere rückgebaut und in einen Neubau an benachbarter Stelle ausgeführt werden soll.

Einigkeit bestand weitgehend darüber, dass man nicht mehr Vorschriften brauche, sondern dass die Akteure mehr Courage aufbringen müssten. Schwierigkeiten lägen in den Strukturen – aber, so betonte Rolf Brunkhorst: Wir haben keine Zeit. Die Wirtschaft sehe immer Chancen und Innovationen kommen von selbst, wenn Politik und Verwaltung diese entsprechend anregen bzw. verlangen.

Die Teilnehmer*innen sehen folgende Hindernisse für ressourcenschonendes Bauen:

- Den kompletten Transformationsprozess in seiner Komplexität darstellen.
- Vergabe müsse nach Wirtschaftlichkeit erfolgen, der Zuschlag darf nicht an den billigsten Anbieter gehen. Die lähmende Angst vor Vergabebeschwerden müsse sinnvoll bekämpft werden.
- Ressourcenschonung müsse von der ÖH bei Projekten gefordert werden.
- Normenausschüsse dürfen nicht zu sehr von Firmen besetzt werden, die ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen vertreten, sondern durch neutrale Kompetenz. Die deutsche Normenlandschaft ist nicht zeitgemäß.
- DIN-Normen würden viel zu oft als Gesetze betrachtet. Nur ca. 20 % der Normen sind rechtsverbindlich. Deshalb sollten nicht rechtsverbindliche Normen als Richtschnur gelten.
- Quote von Recyclingmaterial u.a. bei der Betonherstellung erhöhen.
- Man benötige rechtssichere Regelungen für „copy & paste“
- Verbesserung der Umsetzung durch praxisnahe Beispiele.
- Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung ressourceneffizienter Baumaßnahmen.
- Unterstützung der Kommunen bei der Einführung von BIM und der weiteren Begleitung.
- Die Kommunen leiden in den eigenen Reihen unter Fachkräftemangel.
- Kommunen könnten nichts neues etablieren, weil sie kein Personal und keine Hilfestellung hätten. Diese Probleme werde auch beim Bürokratieabbau nicht gelöst.
- Beim notwendigen Transformationsprozess auch die Verbraucher mit einbinden.
- Herbeiführen einer gesellschaftlichen Akzeptanz sowie den Willen der Umsetzung.
- Neue Verordnungen beantworten „20 Jahre alte“ Fragen, die heute nicht mehr aktuell seien. Beispielsweise bei der Festlegung von Grenzwerten recycelter Materialien wie Gips.
- Die Vorgaben sind statisch und nicht dynamisch – hier stehe die Abwägung zwischen (Rechts)Sicherheit und Dynamik im Zentrum, dies betreffe auch die Legitimität des Handels der öffentlichen Hand. Ein stärkeres systemisches Denken wäre nötig.
- Produktrecht und Abfallrecht müssen aufeinander abgestimmt und miteinander verknüpft werden.
- Die Vorschriften sollten auf das notwendige Minimum reduziert werden (Deregulierung).
- Regularien verhindern derzeit klimaneutrales Bauen, da unter anderem die Abschreibungsregelungen ungünstig seien (Bilanzierung des Bauvorhabens im Haushalt). Vergabestellen bringen Kommunen oft dazu, konventionell vorzugehen.
- Die konventionelle Trennung von Planen und Bauen zum Betrieb ist nicht sinnvoll. Die tatsächliche Lebenszyklusbetrachtung ist Voraussetzung für den Erfolg von Baumaßnahmen.

- Das Stoppen von Bauprojekten wegen Ressourcenmangels ist nicht sinnvoll, denn Fachkräftemangel, Mindestlohn und Ressourcenknappheit sowie Inflation werden das Bauen auch in der Zukunft verteuern. Der Blick nach vorn sei die einzige Möglichkeit, um die aufgezeigten Herausforderungen anzugehen und so vom Betroffenen zum Akteur der Ressourcenwende zu werden.
- Einer Verteuerung ist nur entgegenzuwirken, wenn die Prozesse optimiert und die bekannten Baufehler reduziert werden. Dies gelingt u.a. durch die Digitalisierung.

Annette von Hagel wird diese Informationen gesammelt an das Bauministerium sowie verantwortliche Politiker weiterleiten.